

Ortsbeirat Allendorf

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 14.12.2011

Niederschrift

zur 4. Sitzung des Ortsbeirates Allendorf

am Dienstag, dem 15.11.2011,

im Sitzungszimmer der Verwaltungsstelle, Mehrzweckhalle, Untergasse 34, 35398
Gießen-Allendorf.

Sitzungsdauer: 20:00 - 22:05 Uhr

Anwesend:

Teilnehmer/-innen:

Herr Tobias Blöcher	SPD	(bis 21:15 Uhr)
Herr Thomas Euler	SPD	Ortsvorsteher
Frau Beate Karl	SPD	
Herr Hans Wagner	SPD	
Herr Prof. Dr. Franz-Josef Bockisch	CDU	
Herr Dr. Georg Diefenbach	CDU	
Herr Marcus Karger	FW	
Herr Dr. Wolfgang Niessner	FW	
Herr Volker Arnold	Bündnis 90/Die Grünen	

Magistrat:

Frau Weigel-Greilich Bürgermeisterin

Stadtverordnete:

Herr Hans Heller

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Simone Benz Stellv. Schriftführerin

Ortsvorsteher Euler eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Zur Tagesordnung erklärt Ortsvorsteher Euler, er beabsichtige die Tagesordnungspunkte 10 und 12 gemeinsam zur Beratung aufzurufen, da sie sich mit der gleichen Thematik befassen. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Auf Bitte von **Bürgermeisterin Weigel-Greulich** ergänzt **Ortsvorsteher Euler** die Tagesordnung um folgende Vorlage:

Top 17 Neu „Integriertes Entwicklungskonzept Lahnpark, Antrag des Magistrats vom 27.10.2011, STV/0478/2011“

Es wird ebenfalls kein Widerspruch erhoben.

Somit ist die Tagesordnung in der ergänzten Form beschlossen.

Ortsvorsteher Euler begrüßt besonders das neue Ortsbeiratsmitglied Marcus Karger.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung des Ortsbeirates am 09.08.2011
3. Beratung des Entwurfs zum Haushaltsplan der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2012
 - 3.1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2012 STV/0344/2011
- Antrag des Magistrats vom 06.09.2011 -
 - 3.2. Haushaltsanträge der Fraktionen
4. Regelung der Mittagsruhe des Fallschirmsprungbetriebes OBR/0514/2011
am Sonderlandeplatz Lützellinden - Rückkehr zur
Altregelung;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2011 -

5. Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2011 - OBR/0515/2011
6. Skater-Anlage hinter der Mehrzweckhalle;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2011 - OBR/0516/2011
7. Einrichten einer Wertstoffinsel am Parkplatz
Sportgelände/Mehrzweckhalle;
- Antrag der FW-Fraktion vom 10.10.2011 - OBR/0517/2011
8. Stellfläche für eine Ruhebänk an der Kreuzung Ehremer
Weg/Hochstraße;
- Antrag der FW-Fraktion vom 10.10.2011 - OBR/0519/2011
9. Planung einer Nistmöglichkeit für Störche in der
Allendorfer Au;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2011- OBR/0520/2011
10. Neuregelung der Parksituation im gesamten Stadtteil;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.10.2011 - OBR/0521/2011
11. Nutzung der Abfallgruben auf dem Friedhof für
Friedhofsabfälle;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.11.2011 - OBR/0522/2011
12. Bericht der Stadt Gießen zum Gehwegparken an
geeigneten Stellen;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.11.2011 - OBR/0523/2011
13. Ergebniskontrolle im Ortsbeirat Gießen-Allendorf;
- Antrag der FW-Fraktion vom 05.11.2011 - OBR/0524/2011
14. Anlandung im Kleebach auf Höhe der Brücke Untergasse;
-Antrag der FW-Fraktion vom 05.11.2011 - OBR/0525/2011
15. Mitteilungen und Anfragen
- 15.1. Stellungnahmen des Magistrats
- 15.2. Mitteilungen des Orstvorstehers und der Bürgermeisterin
16. Bürgerfragestunde

17. Integriertes Entwicklungskonzept Lahnpark
- Antrag des Magistrats vom 27.10.2011 -

STV/0478/2011

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung des Ortsbeirates am 09.08.2011

Herr Dr. Niessner bittet, seinen Namen um den Dokortitel zu ergänzen.

Die Niederschrift wird geändert einstimmig genehmigt.

3. Beratung des Entwurfs zum Haushaltsplan der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2012

Frau Karl, SPD-Fraktion, gibt als Anmerkung zum Investitionshaushalt zu Protokoll, dass ihre Fraktion den im HH-Plan eingestellten Betrag in Höhe von 107 500 € für eine Brücke am Durchlass Mühlgraben als zu hoch empfinde. Nach Prüfung der Planung werde man wahrscheinlich für den kommenden Haushalt einen geringeren Betrag beantragen.

Auf Nachfrage von **Herrn Prof. Dr. Bockisch**, CDU-Fraktion, bestätigt **Bürgermeisterin Weigel-Greulich**, dass die im Investitionshaushalt auf Seite 4.30 - Bauliche Anlagen Friedhöfe -eingestellten 120.000 € für die Einrichtung eines Ruheforstes auf dem Schiffenberg vorgesehen seien.

3.1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2012 - Antrag des Magistrats vom 06.09.2011 -

STV/0344/2011

Antrag:

„1. Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2012 wird gemäß §§ 114a ff. HGO beschlossen. Der Haushalt, der aus Gesamthaushalt, Teilhaushalten und Stellenplan besteht, schließt

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 177.507.128,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendung auf 205.668.677,00 €

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 15.000,00 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 0,00 €

mit einem Fehlbedarf von 28.146.549,00 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf -21.486.029,00 €

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf 13.510.300,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf 36.175.830,00 €

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 30.939.530,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf 23.820.000,00 €

mit einem Finanzmittelfehlbedarf von 37.032.029,00 €

ab.

2. Das dem Haushaltsplan 2012 beigefügte Investitionsprogramm gemäß § 114h III HGO wird beschlossen.

3. Die im Haushaltsplan 2012 enthaltene Ergebnis- und Finanzplanung gemäß § 114h I HGO wird zur Kenntnis genommen.“

Beratungsergebnis: Ortsvorsteher Euler stellt fest, dass der Ortsbeirat die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2012 zur Kenntnis genommen hat.

3.2. Haushaltsanträge der Fraktionen (Anträge sind zu Beginn der Sitzung schriftlich einzureichen)

Von den im Ortsbeirat Allendorf vertretenen Fraktionen werden keine Anträge zum Haushaltplan 2012 gestellt.

4. Regelung der Mittagsruhe des Fallschirmsprungbetriebes am Sonderlandeplatz Lützellinden - Rückkehr zur Altregelung; Antrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2011

OBR/0514/2011

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, bei dem für die Luftverkehrsaufsicht zuständigen Regierungspräsidium in Kassel zu beantragen, die im Jahre 2007 verfügte Änderung im Bereich des Sonderlandeplatzes bezüglich der Mittagsruhe des Fallschirmsprungbetriebs an Sonn- und Feiertagen zurückzunehmen und die bis dahin geltende starre Mittagsruhe von 13.00 bis 15.00 Uhr neu zu verfügen. Zum Schutz der Bevölkerung im Bereich der Gießener Ortsteile Allendorf/Lahn, Kleinlinden und Lützellinden soll diese Regelung auch an Samstagen gelten.

Begründung:

Die Bewohner der Gießener Stadtteile Allendorf/Lahn, Kleinlinden und Lützellinden sowie Ortsteile von Hüttenberg, Lahna, Langgöns und Stadtteile von Wetzlar werden vor allem an Wochenenden von dem Fallschirmflugbetrieb des Sonderlandeplatzes Lützellinden stark belastet. In Schleifen schraubt sich das laute Flugzeug mit den bis zu acht Fallschirmspringern auf weit über 1000 m Höhe hoch, um nach dem Ausstieg der Springer im lauten Sturzflug möglichst schnell nach unten zu kommen. Durch die seit 2007 flexibel zwischen 13 und 15 Uhr zu nehmende 60-minütige Pause ist es den gestörten Anwohnern unter der Lärmglocke des unerträglich lauten Flugzeugs der Fallschirmspringer nicht möglich, ihre Mittagsruhe auf eine feste Zeit zu legen. Dies stellt eine gravierende Beeinträchtigung der Bevölkerung dar, die nicht im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Vorteilen des Flugunternehmers und des Flugplatzbetreibers steht. Seinerzeit hatte der damalige Oberbürgermeister Haumann – ohne die Gremien (Magistrat und Ortsbeiräte) zu fragen – der Verkürzung der Mittagsruhe zugestimmt.

Herr Wagner, SPD-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen. (Ja: SPD, CDU, GR; StE: FW)

**5. Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden;
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2011**

OBR/0515/2011

Antrag:

Der Ortsbeirat bittet den Magistrat zu prüfen, inwieweit an öffentlichen Gebäuden der Stadt Gießen (Grundschulgebäude, Kindergarten) oder seiner Gesellschaften (Mehrzweckhalle, Wohnbausiedlung „Aubach“) Photovoltaikanlagen installiert werden können.

Begründung:

Der Umdenkungsprozess „Weg von fossilen Brennstoffen – hin zu erneuerbaren Energien“ wurde vom Ortsbeirat in einer Grundsatzklärung zu erneuerbaren Energien in der Gemarkung Allendorf/Lahn (Beschluss vom 19. August 2008 auf Antrag der SPD-Fraktion vom 8. April 2008) vor dem Hintergrund der dramatischen Klimaveränderung ausdrücklich unterstützt. In diesem Zusammenhang wurde der Magistrat bereits gebeten zu prüfen, inwieweit auf öffentlichen Gebäuden der Stadt

und seiner Gesellschaften (Stadthallen GmbH und Wohnbau GmbH) Solaranlagen installiert werden können, denn es macht Sinn, die großen Dachflächen der städtischen Gebäude (Schule, Kindergarten, Mehrzweckhalle, Wohnbauhäuser) mit Photovoltaikanlagen zu versehen. Deshalb sollte der Magistrat prüfen lassen, ob eine Installation von Solaranlagen dort möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Hinzu kommt, dass die Wohnbau Gießen GmbH kurz zuvor die Mehrfamilienhäuser „Aubach“ aufwändig – jedoch ohne die Installation von Photovoltaikanlagen – saniert hatte. Die andere im Stadtteil Allendorf/Lahn tätige Wohnungsbaugenossenschaft hat hingegen in den beiden Mehrfamilienhäusern in der Bergstraße großflächige Photovoltaikanlagen angebracht. Leider hatte der zuständige Stadtrat Rausch mit Schreiben vom 27. Oktober 2008 nur sehr oberflächlich, allgemein und lapidar auf den Ortsbeiratsbeschluss vom 19. August 2008 geantwortet; eine „Beerdigung zweiter Klasse“ für das Ansinnen des Ortsbeirates.

Der Ortsbeirat wollte aber seinerzeit eine ernsthafte Prüfung der konkret genannten Gebäude im Stadtteil.

Zwischen der Beratung im Jahr 2008 und heute sind zwei Ereignisse geschehen, die eine berechtigte Hoffnung auf eine gezielte Inangriffnahme der damaligen Ortsbeiratsforderungen machen, nämlich:

- die Katastrophe von Fukushima mit der Abkehr von der Atomkraft
- der Regierungswechsel in der Stadt Gießen

Deshalb wird durch diesen Antrag erneut auf die 2008-er Forderung des Ortsbeirates aufmerksam gemacht.

Herr Blöcher, SPD-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Herr Dr. Niessner, FW-Fraktion, führt aus, in der Regel handele es sich bei einer Solaranlage um ein Gewerbe, was bedeute, es müsse bei einer Gesellschaft mit Gewinnermittlung gearbeitet werden. Er möchte wissen, wie dies bei städtischen Anlage gehandhabt wird. (Profitieren die Mieter der Wohnungsbaugesellschaft eventuell davon?)

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, beim Bürgerhaus Wieseck und einigen andere städtischen Gebäuden sei dies von der SHG oder der Wohnungsbaugesellschaft über Bürgersolarbriefe abgewickelt worden. Ein Problem hierbei sei der § 121 HGO, der die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen untersagt.

Ortsvorsteher Euler merkt an, dass sich hier derzeit eine Änderung der HGO in der Beratung des Hessischen Landtages befinde, die dies erlauben soll.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, entweder auf die verwaiste Skater-Anlage hinter der Mehrzweckhalle wieder eine Miniramp aufzubauen (oder hilfsweise die Hinweisschilder abzumontieren, die auf eine

Begründung:

Ende der 1990-er Jahre wurde hinter der Mehrzweckhalle eine Miniramp aufgebaut. Vor einigen Jahren wurde diese allerdings – Gründe hierfür sind den Ortsbeiratsmitgliedern nicht bekannt – ersatzlos entfernt. Geblieben ist lediglich die asphaltierte Fläche und ein Hinweisschild auf die Anlage. Dies macht jedoch keinen Sinn mehr und deshalb sollte dieses Schild entfernt werden oder – was noch mehr zu begrüßen wäre – wieder eine Miniramp (oder ähnliches) aufgestellt werden. Skateranlage hinweisen).

Frau Karl, SPD-Fraktion verliest Antragstext und Begründung.

Auf Anregung von **Herrn Arnold**, Bündnis 90/Die Grünen, ergänzt die antragstellende Fraktion den Antrag wie folgt:

„In einem Gesamtkonzept soll eine Lösung für diesen Platz gefunden werden.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

7. **Einrichten einer Wertstoffinsel am Parkplatz
Sportgelände/Mehrzweckhalle;
Antrag der FW-Fraktion vom 10.10.2011**

OBR/0517/2011

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob eine zentrale Wertstoffinsel für den Stadtteil Gießen-Allendorf auf einer Stellfläche am Parkplatz Sportgelände/Mehrzweckhalle eingerichtet werden kann. An diesem Standort können die Container (Altglas, Altkleider) des Stadtteils zusammengefasst werden.

Begründung:

Die bisherige Situation der Altglas- und Altkleider-Container stellt einen optischen Schandfleck im Stadtteil Gießen-Allendorf dar. Die Verkehrsanbindung an den Container-Standorten ist schlecht, die Nutzung sowie die Entladung der Container stellen aktuell Verkehrshindernisse dar. Scherben und Unrat, die offenbar mit dem Betrieb der Container einhergehen, sind ein öffentliches Ärgernis. Durch die Einrichtung einer Wertstoffinsel wird ein zentraler Standort für den Stadtteil Gießen-Allendorf und eine effiziente Entsorgung für die Stadt Gießen gewährleistet. Durch die Anbindung an den Parkplatz sind hinreichend Raum zum Rangieren städtischer Fahrzeuge sowie Parkplätze für Nutzer vorhanden. Diese Lösung wäre zeitgemäß und ein Beitrag zur Verbesserung des Ortsbildes, auch vor dem Hintergrund der Landesgartenschau 2014.

Herr Dr. Niessner verliest Antragstext und Begründung.

Ortsvorsteher Euler vertritt den Standpunkt, dass seines Erachtens für den Stadtteil Gießen-Allendorf, unter Berücksichtigung des Neubaugebietes, 3 bis 4 Container-Standorte benötigt werden.

Nach ausführlicher Diskussion, an der sich die Ortsbeiratsmitglieder Karl, Karger, Euler, Stv. Heller, Wagner und Dr. Niessner beteiligen ändert die antragstellende Fraktion den Antrag wie folgt:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob eine **zusätzliche** Wertstoffinsel für den Stadtteil Gießen-Allendorf auf einer Stellfläche am Parkplatz Sportgelände/Mehrzweckhalle eingerichtet werden kann. An diesem Standort können die Container (Altglas, Altkleider) des Stadtteils zusammengefasst werden. **Dafür soll die Wertstoffinsel vor der Mehrzweckhalle (Untergasse) entfallen.**

Der von der Bürgermeisterin vorgestellten Neuplatzierung der Altglas/Altkleidercontainer am Ehrsamer Weg (siehe Anlage) wird zugestimmt. Allerdings soll im Zuge des neuen Baugebietes geprüft werden, ob ein anderer und/oder weiterer Platz für diese Zwecke geschaffen wird.“

(Anmerkung: Während der Sitzung wurde Blatt 1 der Anlage (Bild: Ehrsamer Weg P1010556) vorgestellt. Die vollständige Anlage (Blatt 1- 3) wurde vom Ortsbeirat erst mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt.)

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

8. Stellfläche für eine Ruhebänk an der Kreuzung Ehrsamer Weg/Hochstraße; OBR/0519/2011
Antrag der FW-Fraktion vom 10.10.2011

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob auf dem städtischen Gelände an der Kreuzung Ehrsamer Weg / Hochstraße eine Stellfläche für eine Ruhebänk eingerichtet werden kann.

Begründung:

Die zum Zeitpunkt der Antragsstellung eingerichtete und gestoppte Baustelle kann nach Fertigstellung als Stellfläche für eine Ruhebänk genutzt werden.

Bei dem Standort handelt sich um einen attraktiven Platz mit Blick über den Stadtteil, der Raum für Kommunikation bietet.

Die Ruhebank selbst ist nicht Inhalt des Antrags. Hier haben sich bereits private Spender gefunden, welche die Kosten für die Anschaffung übernehmen würden.

Herr Dr. Niessner verliest Antragstext und Begründung.

Der Antrag wird vom Antragsteller um folgenden Punkt **ergänzt**:
„Die Bankspender sollen bei der Auswahl des zu pflanzenden Baumes beteiligt werden.“

Beratungsergebnis über den geänderten Antrag: Einstimmig beschlossen.

9. Planung einer Nistmöglichkeit für Störche in der Allendorfer Au; **OBR/0520/2011**
Antrag der SPD-Fraktion vom 28.10.2011

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit den NABU-Ortsgruppen Gießen-Allendorf/Lahn und Gießen-Lützellinden eine Nistmöglichkeit für Störche im Landschaftsschutzgebiet der Allendorfer Au zu errichten.

Begründung:

Durch die Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Hochwasserdamm, den Teichen und den Auenwäldchen ist in der Allendorfer Au ein herrliches Landschaftsschutzgebiet entstanden. Da kürzlich mehrfach in der Lützellindener Gemarkung Weißstörche gesichtet wurden, bietet es sich an, im oben beschriebenen Gebiet eine Nistmöglichkeit für Störche zu schaffen, zumal in diesem Bereich genügend Frösche und Mäuse als Nahrungsgrundlage vorhanden sind. Ein Storchnest in Allendorf/Lahn hat Tradition. Vielleicht hat die Maßnahme auch einen Einfluss auf die weitere demografische Entwicklung.

Herr Blöcher, SPD-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig beschlossen.

Ortsvorsteher Euler ruft die Tagesordnungspunkte 10 + 12 gemeinsam zur Beratung auf.

10. Neuregelung der Parksituation im gesamten Stadtteil; **OBR/0521/2011**
Antrag der SPD-Fraktion vom 22.10.2011

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten auf die Straßenverkehrsbehörde dahingehen einzuwirken, dass entweder die mehrfache Forderung des Ortsbeirates hinsichtlich des Einräumens des Gehwegparkens auf breiten Bürgersteigen umgesetzt und bei engeren Straßen das

Parken nur noch auf einer Seite erlaubt wird oder das städtische Ordnungsamt nicht mehr täglich kleinliche Kontrollen des ruhenden Verkehrs im Stadtteil durchführt.

Begründung:

Ausgehend von einer scheinbar unbefriedigenden Parksituation im Stadtteil Wieseck kontrolliert das städtische Ordnungsamt seit über einem Jahr - nahezu täglich - auch den ruhenden Verkehr in den anderen Stadtteilen.

Grundsätzlich ist dies zwar begrüßenswert, aber das Ordnungsamt geht dabei äußerst kleinlich vor. Beispielsweise werden die Halter parkender PKW verwarnt, die mit nur 2,5 cm auf dem Bürgersteig stehen, auch wenn der Bürgersteig an dieser Stelle über 3 m breit ist. Dies führte in der Folge dazu, dass die Fahrzeughalter ordnungsgemäß (!) ihre Fahrzeuge auf die Straße stellen, sodass kein größeres Fahrzeug (z.B. LKW für Heizöllieferungen, bei Umzügen) mehr durch die Straße fahren können. Teilweise wird beispielsweise in der Triebstraße so eng versetzt - aber ordnungsgemäß auf der Straße (!) - geparkt, dass das Einsatzfahrzeug der Feuerwehr nicht mehr durchkommt. Der Ortsbeirat hatte mehrfach beantragt, Gehwegparken auf sehr breiten Bürgersteigen vorzusehen und hat dabei sogar Standorte genannt. Die Flächen für (zumindest teilweises) Gehwegparken sollten laut Wunsch des Ortsbeirates auch in anderen Straßen erweitert werden. Außerdem könnten in engen - aber verkehrswichtigen - Straßen (wie der Triebstraße) ein einseitiges Parkverbot verfügt werden, damit eine Durchfahrsmöglichkeit besteht. Bislang hat sich das Ordnungsamt geweigert, auf die Forderungen des Ortsbeirates einzugehen und so kann durchaus der Eindruck eines „Abzockens“ entstehen.

Herr Wagner, SPD-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, Voraussetzung zum Parken auf dem Gehweg sei eine Gehwegsbreite von mindestens 2m nach einzeichnen der Abmarkierungen. Diese Breite sei fast nirgendwo gegeben.

Zur Parksituation führt sie weiter aus, dass das Parken in den verschiedenen Straßen unterschiedlich gut funktioniere. Das Ordnungsamt verfare in der Regel so, dass mindestens ein halbes Jahr lang kontrolliert werde, ob sich die Parksituation von selbst reguliere (Parken auf einer Straßenseite, versetztes Parken). Erst dann greife man durch Aufstellen von Halteverbotsschildern ein.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder Prof. Dr. Bockisch, Wagner, Heller, Euler und Karger.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

11. **Nutzung der Abfallgruben auf dem Friedhof für Friedhofsabfälle;
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.11.2011**

OBR/0522/2011

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, im Bereich der beiden Abfallgruben des Friedhofs (Friedhofstraße/Obergasse) Schilder anzubringen, die darauf hinweisen, dass die vorhandenen Abfallgruben nur für Friedhofsabfälle und nicht für Privatmüll zu nutzen sind. Ein Verstoß soll mit einem Bußgeld belegt werden.

Begründung:

In der letzten Zeit ist vermehrt privater Müll (vorwiegend Gartenabfall) in nicht unerheblichen Mengen, z. B. mittels Hänger, in die Abfallgruben des Friedhofs entsorgt worden. Diese Müllberge sind kein schöner Anblick an solcher Stätte und müssen von der Stadt zusätzlich entsorgt werden. Es ist nicht zu dulden, dass einzelne Personen auf Kosten der Allgemeinheit ihren Müll entsorgen.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder Wagner, Bockisch, Karger, Euler und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

12. **Bericht der Stadt Gießen zum Gehwegparken an geeigneten Stellen;** **OBR/0523/2011**
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.11.2011
-

Antrag:

Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf möge beschließen, dass die Stadt Gießen über die Möglichkeiten des Gehwegparkens an geeigneten Stellen berichten soll.

Begründung:

An vielen Straßenabschnitten in Allendorf sind die Gehwege teilweise sehr breit und die eigentliche Fahrbahn relativ schmal. Insbesondere wo breite Gehwegsabschnitte vorhanden sind und durch ein mögliches Gehwegparken Fußgänger - beispielsweise auch mit breiten Kinderwagen - nicht behindert würden, wäre es wünschenswert, wenn an derartigen Stellen das Gehwegparken ermöglicht werden könnte. Diese Problematik besteht wahrscheinlich nicht nur in Allendorf, sondern auch in anderen Stadtteilen. Welche Chancen bestehen, um hier Verbesserungen zu erreichen.

Siehe Aussprache Top 10.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

13. **Ergebniskontrolle im Ortsbeirat Gießen-Allendorf;** **OBR/0524/2011**
Antrag der FW-Fraktion vom 05.11.2011
-

Antrag:

Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf solle eine Ergebniskontrolle über die ihm vorgelegten und behandelten Anträge durchführen.

Begründung:

Eine Ergebniskontrolle ermöglicht einen Überblick und die Verfolgung zurückliegender Anträge. Dies kann formlos mittels einer fortlaufenden Excel-Datei erfolgen und sollte, neben der Dokumentation der Anträge und den Abstimmungsergebnissen, insbesondere die folgenden Statusmeldungen beinhalten:

- Stellungnahme erfolgt (Datum, verantwortliche Person/Stelle)
- Umsetzung im Sinne des Ortsbeirates erfolgt (ja/nein/teilweise)
- Offene Punkte
- Anmerkungen und Kommentare

In der Projektarbeit wird ein solches Dokument üblicherweise als „Offene Punkte Liste“ bezeichnet.

Herr Dr. Niessner, verliest Antragstext und Begründung. Er erklärt sich bereit, als Ortsbeiratsmitglied zukünftig die in der Begründung genannte Excel-Tabelle fortlaufend als offizielle Ergebniskontrolle des Ortsbeirates Gießen-Allendorf zu führen.

Ortsvorsteher Euler dankt Herrn Dr. Niessner für seine Bereitschaft.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**14. Anlandung im Kleebach auf Höhe der Brücke Untergasse; OBR/0525/2011
Antrag der FW-Fraktion vom 05.11.2011**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob die zwischenzeitlich im Kleebach unterhalb der Brücke Untergasse eingesetzte Anlandung eine Ausbaggerung des Bachbetts zur Vergrößerung und Erhalt des ursprünglichen Querschnitts zwischen Bachbett und Unterkante Brücke erforderlich macht. Ferner wäre in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob dies als regelmäßige Wartungsmaßnahme durchzuführen wäre und gegebenenfalls in welchen Zeitintervallen.

Begründung:

Im Kleebach hat auf Höhe der Brücke Untergasse zwischenzeitlich eine Anlandung eingesetzt, welche die Wasser-Oberfläche durchstoßen hat und für jedermann gut erkennbar ist. Ursache dafür ist offenbar ein Materialtransport von Schwebepartikeln, welche sich an dieser Stelle aufgrund einer Wirbelbildung dort ablagern. Durch diese Anlandung wird der effektive Querschnitt zwischen dem Bachbett des Kleebachs und der Brücke Untergasse reduziert. Bei Hochwasser könnte dies einen verringerten Abfluss des Wassers (Durchflussmenge pro Zeit) und eine damit einhergehende Rückstauung des Kleebachs zur Folge haben.

Herr Dr. Niessner verliest Antragstext und Begründung.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder Dr. Niessner, Arnold, Euler und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

15. Mitteilungen und Anfragen

15.1. Stellungnahmen des Magistrats

Ortsvorsteher Euler teilt mit, dass folgende Stellungnahmen des Magistrats vorliegen:

- Nachfolgenutzung der Halle auf der ehem. Kreisabfalldeponie durch die Allendorfer Vereine;
Antrag des Ortsvorstehers vom 15.01.2011 OBR/3515/2011
- Prüfung und ggf. verbesserte Pflege der Baumbestände in der Hüttenberg-/ Friedhofs-/ Kleebachstraße;
Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2011; OBR/0251/2011
- Erhalt Postagentur im näheren Umfeld;
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.07.2011, OBR/0244/2011
- Verbindungsweg Ehrsamer Weg/Am Gallichten/Kleinlindener Straße;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.08.2011, OBR/0246/2011
- Prüfung und ggf. Veranlassung, auf dem Friedhof in Gießen-Allendorf die Wasserzapfstelle an der Friedhofshalle mit einer Abstellmöglichkeit für Gießkannen (für die Befüllung) auszustatten;
Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2011, OBR/0250/2011
- Prüfung und ggf. Veranlassung, die Gefahrenstelle auf dem Gehweg „Am Gallichten“ zu beseitigen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 30.07.2011, OBR/0252/2011
- Friedhofsbegehung vor Beginn der 3. Sitzung des Ortsbeirates am 09.08.2011;

Ortsvorsteher Euler fragt nach, ob in die vom Ortsbeirat gewünschten Bäume noch in diesem Jahr gepflanzt werden.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich sagt die Beantwortung zu.

15.2. Mitteilungen des Ortsvorstehers und der Bürgermeisterin

Ortsvorsteher Euler teilt mit, dass sich die Arbeitsgruppe „Rundwegekonzeption“ bereits zweimal getroffen habe. Zum einen um sich zu konstituieren und die groben Ziele festzulegen. Das zweite Treffen fand in Form einer ersten Exkurswanderung statt.

Die nächste Wanderung findet am kommenden Samstag, 19.11.2011, 14:00 Uhr statt.

Weiterhin teilt **Ortsvorsteher** mit, dass am Samstag, 19.11.2011 von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr in der Mehrzweckhalle Allendorf eine Informationsveranstaltung des Magistrats zum Bebauungsplanentwurf Gießen Allendorf stattfindet.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich teilt mit, dass der Magistrat am kommenden Montag eine Vorlage zum Vergnügungsstättenkonzept beschließen werde. Da der Stadtteil Allendorf davon nicht betroffen sei, halte sie es nicht für notwendig, dass die Vorlage vom Ortsbeirat Allendorf zur Kenntnis genommen werden.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Auf Vorschlag des **Ortsvorstehers** einigen sich die Mitglieder auf den 24.01.2012 als Termin für die nächste Ortsbeiratssitzung.

16. Bürgerfragestunde

Parksituation am Backhaus

Herr Roland Schulz führt aus, es komme häufig vor, dass Bürger, die das Backhaus nutzen wollen, dieses nicht anfahren und ausladen können, da direkt vor den Pollern, die vor der Zufahrt zum Backhaus stehen, geparkt werde. Seiner Meinung nach, sei dieser Zustand untragbar.

17. Integriertes Entwicklungskonzept Lahnpark - Antrag des Magistrats vom 27.10.2011 -

STV/0478/2011

Antrag:

1. Das Integrierte Entwicklungskonzept Lahnpark wird beschlossen.
2. Das Entwicklungskonzept ist in den kommunalen Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen.
3. Bei investiven Maßnahmen liegt die Verantwortung für Planung, Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen bei der jeweils betroffenen Gebietskörperschaft.
4. Die zügige und zielgerichtete Umsetzung des Konzeptes mit den einzelnen Maßnahmen wird angestrebt. Gemeinsame Maßnahmen werden mit Priorität verfolgt.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich teilt mit, dass die Mitglieder des Ortsbeirates zur Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr am 29.11.2011 eingeladen seien. In dieser Sitzung werde das Konzept ausführlich vorgestellt.

Sie weist darauf hin, dass die Vorlage noch nicht vom Magistrat beschlossen wurde, es handele sich im Moment noch um eine Verwaltungsvorlage. Um die Fristen wahren, damit die Vorlage in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden könne, bittet Sie die Mitglieder des Ortsbeirates, die Vorlage in der heutigen Sitzung bereits zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ortsbeirat spricht sich für eine ungefährliche Anbindung über die L 3251 hinweg, entweder am Standort Bahnübergang oder in Richtung „Eiserner Steg“ (Dutenhofen) aus.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Dienstag, 24.01.2011, um 20:00 Uhr statt.

Antragsschluss bei dem Ortsvorsteher ist Sonntag, 15.01.2012.

gez. E u l e r
Ortsvorsteher

gez. B e n z
Schriftführerin